



Von Brandenburg an der Havel (links) liegt Brüssel weiter weg als vom saarländischen St. Wendel. Doch sagt die geografische Lage wenig über die Motivation der Bürger aus, zur Europawahl zu gehen. CARSTEN KOALL / VISUM

Eine komplizierte Beziehung

Warum die Wahldisziplin bei der Europawahl nur wenig über das Verhältnis der Wähler zur Europäischen Union aussagt

Im Saarland war die Beteiligung an der Europawahl 2009 doppelt so hoch wie in Brandenburg. Im Osten sei die Europakepsis grösser, lautet die gängige Erklärung. Die Realität ist allerdings weit komplexer.

Ricardo Tarli, St. Wendel / Brandenburg an der Havel

Auf dem Schaumberg weht der Geist Europas. Der Aussichtsturm, der wie eine Trutzburg auf dem «Hausberg» des Saarlandes thront, ist ein Symbol der deutsch-französischen Freundschaft. Eine kapellenähnliche Gedenkstätte im Durchbruch des Turms erinnert an die Opfer der Weltkriege und des Deutsch-Französischen Krieges von 1870/71. Ein Mahnmal für Frieden und Versöhnung zwischen den Völkern Europas. Der 569 Meter hohe Schaumberg, etwa vierzig Kilometer nördlich von Saarbrücken gelegen, gehört zum Landkreis St. Wendel. Dort, in der saarländischen Provinz, gingen an der letzten Europawahl vor fünf Jahren 69,6 Prozent der Wahlberechtigten an die Urne. Nirgendwo sonst in Deutschland gingen am 7. Juni 2009 mehr Menschen zur Europawahl. Die Beteiligung im gesamtdutschen Durchschnitt lag lediglich bei 43 Prozent.

Wiege Europas

Nicht nur im Kreis St. Wendel, im ganzen Saarland war die Mobilisierung der Wähler mit fast sechzig Prozent überdurchschnittlich stark. Die relativ hohe Wahlbeteiligung im ehemaligen Saarrevier wird landläufig mit seiner geografischen Lage und der zentralen Rolle im europäischen Integrationsprozess erklärt. Das europäische Bewusstsein sei im Saarland, so wird argumentiert, stärker ausgeprägt als anderswo in Deutschland. So gilt das Länderdreieck Saarland-Lothringen-Luxemburg mit seiner

früher bedeutsamen Montanindustrie als «Wiege Europas». Mit der Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl, der sogenannten Montanunion, wurde 1951 der Grundstein für die europäische Einigung gelegt. In den fünfziger Jahren gabs Pläne für eine «Europäisierung» des unter französischer Kontrolle stehenden Saarlandes, das Standort europäischer Institutionen hätte werden sollen. Erst die Klärung der «Saarfrage» und die Eingliederung des Saarlandes in die Bundesrepublik 1957 ebneten den Weg zum deutsch-französischen Freundschaftsvertrag, der einen Schlussstrich unter die Jahrhunderte dauernde Feindschaft zog.

Europäisches Stammland

Der europäische Gedanke wird auf dem Schaumberg sicht- und spürbar gemacht. Der Turm, der unlängst mit Geldern aus dem EU-Fonds für regionale Entwicklung umgebaut wurde, bietet mit seiner 38 Meter hohen Aussichtsplattform einen Panoramablick über das hügelige St.-Wendeler-Land, das Saarland bis hin zu den Vogesen. Wo Deutschland endet und Frankreich beginnt, ist aus der Vogelperspektive kaum zu erkennen. Im Turm ist seit der Modernisierung eine kleine zweisprachige Ausstellung untergebracht, die den jahrhundertelangen deutsch-französischen Beziehungen nachspürt und die europäische Integration im Kontext der wechselvollen Geschichte des Saarlandes veranschaulicht.

Europas Inszenierung auf dem Schaumberg soll den Besuchern die «europäische Idee» näherbringen. Im Landkreis St. Wendel ist die Begeisterung für die EU, sofern überhaupt vorhanden, indes kaum spürbar. Öffentlich sichtbare Bekenntnisse zu Europa wie die Europaflagge sind Ausnahmen. Wahlplakate hängen, wenige Wochen vor der achten Direktwahl des Europaparlaments, nur vereinzelt in den Straßen. Auch wenn im Saarland Bestrebun-

gen für eine sprachlich-kulturelle Annäherung an Frankreich im Gange sind, hört oder liest man kaum Französisch auf den Strassen. Im Gegenteil: Im Gespräch mit einzelnen Bürgern entsteht der Eindruck, dass sich in der «Keimzelle Europas» fast siebzig Jahre nach Kriegsende Europakepsis und Desinteresse breitmacht. «Europa interessiert



mich nicht», sagt eine Besucherin auf dem Schaumberg und blickt in die Ferne. Am Horizont steigen Rauchsäulen französischer Kraftwerke in den Himmel auf. «Die Wahlergebnisse und Versprechen der Politiker haben mich oft enttäuscht. Ich gehe nur wählen, weil es meine Bürgerpflicht ist.»

Die Frau vertritt keine Einzelmeinung. Die hohe Wahlbeteiligung im Kreis St. Wendel ist weniger Ausdruck einer Europabegeisterung als vielmehr das Ergebnis einer ausgeprägten Wahldisziplin. Bei allen überkommunalen Wahlen in den vergangenen Jahren lag die Beteiligung im Landkreis St. Wendel stets deutlich über dem Landes- und Bundesdurchschnitt. Bei der Europawahl 2009 betrug die Differenz zum Landesdurchschnitt 11 Prozent-

punkte, zum Bundesdurchschnitt sogar 26 Prozentpunkte.

Wer vor Ort nach Erklärungen für die überdurchschnittliche Wahldisziplin sucht, erkennt den politischen Einfluss, den die Kirche in diesem katholisch geprägten Landstrich einst ausübte. Die Kleinstadt St. Wendel, Hauptort des gleichnamigen Landkreises, trägt stolz den Namen des heiligen Wendelin, dessen Gebeine in einem Hochgrab in der Basilika St. Wendelin, einer Wallfahrtskirche, ruhen. Am Fusse des Schaumberges befindet sich die Benediktinerabtei Tholey, die zu den ältesten Klöstern auf deutschem Boden zählt und als geistliches Zentrum des Saarlandes gilt. Früher, so wird in St. Wendel erzählt, pilgerten die Gläubigen am Wahlgang zuerst ins Wahllokal, dann zum Hochamt. Wählen sei die Pflicht eines jeden guten Christen, lehrte die Kirche einst. Auch wenn der Einfluss der Kirche nicht mehr so gross ist wie früher: Tradition wird im CDU-dominierten Landkreis St. Wendel, der saarländweit die tiefste Arbeitslosenquote aufweist, grossgeschrieben. Die ausgeprägte Bürgerpflicht nährt sich aus diesem katholisch-konservativen Milieu mit traditionellen familialen Strukturen. Der gelebte Gemeinschaftsinn – fast 400 000 Saarländerinnen und Saarländer bringen sich ehrenamtlich in Vereinen oder Initiativen ein – ist zudem der politischen Partizipation förderlich.

Schlusslicht Brandenburg

So wenig die Bürger in St. Wendel glühende EU-Befürworter sind, so wenig sind die Brandenburgerinnen und Brandenburger Europas überdrüssig. In Brandenburg an der Havel, rund fünfzig Kilometer westlich von Potsdam, sitzen drei Frauen und zwei Männer, die für das Europaparlament kandidieren, auf einem Podium und stellen sich den Fragen des Publikums. Europapolitische Veranstaltungen sind in der kreisfreien Stadt, die mit hoher Arbeitslosigkeit

und Abwanderung zu kämpfen hat, normalerweise kein Publikumsmagnet.

Die geringe Beteiligung der Brandenburgerinnen und Brandenburger an der letzten Europawahl lässt auch in diesem Jahr kein grosses Interesse für Europa erwarten: Knapp ein Viertel der wahlberechtigten Bürger machte 2009 ein Kreuz auf dem Wahlzettel. Nirgendwo sonst in Deutschland lag die Wahlbeteiligung tiefer als in Lorient, Geburtsstadt. Im Ländervergleich war Brandenburg mit dreissig Prozent Schlusslicht. Dieses Jahr aber scheint die Stimmung anders zu sein: Das Interesse an den fünf Kandidaten ist so gross, dass zärtliche Stühle für die Zuhörer aufgerichtet werden müssen.

«Grosse Unkenntnis über die EU, Wendeverlierer, schwierige soziale Klientel, tiefes Bildungsniveau, mangelnde Demokratieerfahrung»: Die Liste der stereotypischen Begründungen zur Erklärung der hohen Wahlabstimmung in Ostdeutschland ist lang. Zur Erklärung der unterschiedlichen Wählermobilmisierung in Brandenburg und im Saarland zur Europawahl taugen sie indes nur bedingt. Die tiefe Wahlbeteiligung ist in erster Linie dem separaten Wahltermin geschuldet. In den Bundesländern, in denen Europawahl und Kommunalwahlen gleichzeitig stattfanden, fiel die Wahlbeteiligung deutlich höher aus als dort, wo einzig die Kandidaten für das Europaparlament zur Wahl standen. Doppelwahlen fanden in der Vergangenheit unter anderem in Thüringen, Mecklenburg-Vorpommern, Rheinland-Pfalz und im Saarland statt. In diesen Bundesländern lag die Wahlbeteiligung deutlich über dem Bundesdurchschnitt, auch in Ostdeutschland: In Thüringen etwa betrug die Differenz zehn Prozentpunkte. Dieser positive Effekt spielte auch im saarländischen St. Wendel.

Am 25. Mai finden im Land Brandenburg Kommunal- und Europawahlen erstmals am gleichen Tag statt. Gutmöglich, dass das Land die Schlusslichtposition dieses Jahr weiterreicht.

NZZ Weiter gedacht.

Qualität in jedem Format.

Immer und überall bestens informiert – mit der gedruckten und der digitalen Ausgabe. abo.nzz.ch

Neue Zürcher Zeitung

